



Rede

**des wirtschafts-, mittelstands- und
energiepolitischen Sprechers
der CDU-Landtagsfraktion,
Hendrik Wüst MdL**

im Plenum des Landtags NRW

am 09. Februar 2012

TOP 2: Unser Land braucht Entwicklung – Anforderungen an die Novelle der Landesplanung

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer! Wir haben heute den 9. Februar. Die Zeit der Neujahrsempfänge geht langsam zu Ende. Der guten Vorsätze sind genug gefasst. Jetzt müssen Taten folgen.

Zum Beispiel in Bezug auf die Ankündigung im Koalitionsvertrag, aus LEPro und LEP eine zusammengefasste gesetzliche Grundlage für die Landesplanung in Nordrhein-Westfalen zu machen. Auch wenn die zuständigen Kabinettsmitglieder, Frau Kraft und Frau Schwall-Düren, gerade nicht anwesend sind, ist doch wohl genug Power vorhanden, wenn die Zuständigkeit schon in der Staatskanzlei liegt. Daran kann es also nicht mangeln.

Laut Aussage der Fachabteilung im Wirtschaftsausschuss soll auch Anfang dieses Jahres ein Kabinettsbeschluss erfolgen. Aber bis heute gibt es nicht einmal Eckpunkte oder Ähnliches.

Vielleicht werden gerade Claims abgesteckt; denn in den letzten Wochen mehren sich öffentliche Äußerungen zu dem Thema. Die Ministerpräsidentin bekennt sich regelmäßig zum Industriestandort und auch zur Energiewende. Das ist gut und richtig. Aber auch Herr Rimmel äußert sich: Er will keine neuen Straßen, keine neuen Baugebiete und keine neuen Gewerbeflächen.

Das klingt wahrscheinlich nicht nur bei mir wie ein Widerspruch. Unabhängig davon stellt sich ganz objektiv die Frage, wo Industriepolitik stattfindet, wo Industrieansiedlungen, wo Energiewende und wo Gewerbe- und Arbeitsplatzausbau stattfinden sollen. Wenn das, wie Herr Rimmel sagt, überall auf alten Flächen stattfinden soll und nicht auf neuen, wird es schwierig.

Es reicht nicht zu sagen, die Energiewende wird in Berlin gemacht. Dort wird sie mit einer neuen Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung, mit einer Verordnung zum Netzausbau, mit Bedarfsplänen und Netzausbauplänen gemacht. Das alles ist zusammen mit einer ständigen Überarbeitung des EEG in Arbeit. Da wird es gemacht. Auch in den Kommunen wird gehandelt. Alle stehen in den Startlöchern für noch mehr und weitere regenerative Energien in Nordrhein-Westfalen.

Aber zwischen Bund und Kommunen, also im Land, kommt bisher nichts. Gibt es vielleicht den Konflikt, der aus den Worten von Frau Kraft und Herrn Rimmel herauszulesen ist? Dann klären Sie ihn schnell. Solche Konflikte zu klären ist ureigene Aufgabe von Planungsrecht und Landesplanung. Solche Konflikte gegeneinander abzuwägen ist Aufgabe der Landesplanung. Und das ist jetzt Ihre Aufgabe bei diesem Thema.

Klären Sie, ob es neue Flächen für Gewerbe und Industrie geben darf oder nicht. Wir sagen Ja. Wenn eine Wieder- und Neunutzung von Brachflächen nicht möglich ist, dann sollen eben auch neue Flächen verwendet werden: sparsam, intelligent und nicht verschwenderisch, wie es vielleicht in früheren Zeiten auch einmal der Fall war. Das sollte keiner leugnen. Aber es sollte grundsätzlich möglich sein.

Es gilt das gesprochene Wort!

Ich glaube Ihnen, dass Sie eine Energiewende wollen. Daran habe ich keinen Zweifel. Aber dann müssen Sie auch sagen, wo die Energiewende sichtbar, wo sie möglich werden soll. Der Windkrafteffekt allein reicht dafür nicht. Auch planungsrechtlich müssen die Grundlagen dafür geschaffen werden. Klären Sie, wo an Autobahnen und Bahnstrecken Windkraft erzeugt werden kann. Klären Sie, wo Netzausbau betrieben werden soll. Ohne Netzausbau wird es keine Energiewende geben. Die Landesregierung muss sagen, an welchen Stellen das gehen soll. Man kann nicht überall vor Ort nur sagen, wo es gerade nicht stattfinden darf.

Packen Sie auch das Ausgleichs- und Flächenproblem an. Wir haben in einigen Teilen des Landes eine massive Flächenkonkurrenz. Als Münsterländer bin ich davon in besonderer Weise tangiert. Ich weiß, das ist nicht überall im Land der Fall. Bei uns ist das so. In meinem Kreis gibt es mittlerweile an einer Stelle Jahrespachtpreise von 1.600 € pro Hektar. Das kann niemand richtig finden. Das ist keine gesunde Entwicklung, höchstens für den Verpächter. Für das Allgemeinwohl ist es das sicher nicht. Es kann nicht richtig sein, dass wir auf dem Acker Energieerzeugung betreiben und Futter zukaufen. Das mag energiepolitisch vertretbar sein, Verbraucherschutzpolitisch kann uns das beiden nicht gefallen, Herr Remmel.

In einer solchen Situation muss auch geklärt werden, ob und in welchem Umfang die bisherige Ausgleichsflächenpolitik fortgesetzt werden kann. Wenn Sie dieses Thema anpacken, können Sie nicht nur für den ländlichen Raum große Verdienste erwerben. Klären Sie auch Ihr Verhältnis zur heimischen Braunkohle. Wollen Sie noch, dass im rheinischen Revier im Rahmen der bestehenden Genehmigungen abgebaut wird oder nicht? Wir wollen das und stehen dafür gerne zur Verfügung. Wenn ich die letzte Große Anfrage betrachte, zweifle ich daran – zumindest was einen Teil der Regierung angeht.

Bei den ganzen Fragen geht es um nicht weniger als um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Es geht um die Zukunftsfähigkeit von 18 Millionen Menschen. Das fällt einem nicht in den Schoß. Jeder weiß: Stillstand ist Rückschritt. Wir müssen an dem Thema arbeiten. Sie müssen an dem Thema arbeiten. Sie sind als Regierung gewählt, um all diese Konflikte abzuwägen. Ich würde mich freuen, wenn Sie nicht nur den guten Vorsatz hätten, der im Koalitionsvertrag steht, sondern diesem nun auch Taten folgen lassen würden. – Vielen Dank.